

Ministerium offen für zentrale Dialogplattform

Vor rund drei Wochen untersuchte die Stiftung Zukunft.li in einer Studie verschiedene Modelle und formulierte vier Massnahmen zur Stärkung der Medienlandschaft vor: nationaler Schulterschluss privater Geldgeber, demokratische Medienförderung, Vielfalt durch Innovation und Wettbewerb sowie eine Plattform für den Dialog. Die Regierung plant in dieser Legislatur, ein mediales Service-Public-Angebot zu schaffen, dessen konkrete Ausgestaltung aber noch «komplett offen» ist. «Die in der Studie beleuchteten Modelle geben uns sehr wertvolle Inputs für die weitere Diskussion und die Studie kann uns entsprechend als Grundlage für weitere Entscheidungen dienen», heisst es aus dem Ministerium. Die beleuchteten Modelle dienen dem Ministerium als «Grundlage für weitere Entscheidungen». Das Ministerium sieht Potenzial, die Anschubfinanzierung für neue Medienprojekte mit tragfähigem Geschäftsmodell weiterzudenken und allenfalls auch in Form einer Stiftung oder einem Fond, der Geld aus verschiedenen Quellen bereitstellt. Positiv steht das Ministerium auch der Idee einer Dialogplattform gegenüber. Der Vorschlag zur demokratischen Vergabe der Förderung (via Steuererklärung) wird im Ministerium abgelehnt, da dies zu mehr Bürokratie führe. (*red*)